



Grundsatzerklärung des Demokratischen Aufbruch

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer tiefen moralischen, sozialen, ökonomischen und politischen Krise. Die Symptome dieser Entwicklung lassen sich nicht mehr verdrängen. Die Bundestagswahlen 2005 zeigen eindeutig, dass eine klare Führung des Landes und somit eine Lösung der anstehenden Probleme in immer weitere Ferne rückt.

Nun, in den Tagen nach dem 18 September 2005 wird deutlich, dass es den etablierten Parteien längst nicht mehr um das Wohl des Volkes geht, sondern lediglich um das Durchsetzen der eigenen Machtansprüche.

Innerhalb der Parteien fanden und finden zum Teil heftige Machtkämpfe statt, bei denen Andersdenkende bzw. Querdenker innerhalb der Parteien gemobbt und ruhig gestellt werden.

All dies ist eine zutiefst bedauerliche Entwicklung für Deutschland und eine Bankrotterklärung für die etablierten politischen Kräfte in diesem Lande. Aus diesem Grunde haben die Verfasser dieser Grundsatzerklärung beschlossen, den Demokratischen Aufbruch neu ins Leben zu rufen.

Wir verstehen uns in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland als unabhängig und nicht in das politische Rechts-Links-Gefüge einsortierbar.

Wir sind offen für jeden Menschen, der sich zur Demokratie bekennt und der sich zu Deutschland im Sinne des Grundgesetzes bekennt, unabhängig von seiner bisherigen politischen Ausrichtung oder Parteizugehörigkeit.

Wir vertreten den Standpunkt, dass man nur gemeinsam, unabhängig von ideologischen Grabenkämpfen und Machtspielen dieses Land aus der Krise führen kann, indem man Unterscheidungen zwischen vermeintlich Gut und Böse, Ost und West, Rechts und Links überwindet und mit den Bürgerinnen und Bürgern eine für sie verständliche und von ihnen gewollte und gestützte Politik macht. Insofern wird eine Krise auch zur Chance für etwas Neues.

Wir haben uns auf den Demokratischen Aufbruch besonnen, weil unsere parlamentarische Demokratie am Abgrund steht. Ein sich auftuender Abgrund war es auch, der im Jahre 1989 den Demokratischen Aufbruch entstehen lies.



Auch heute fühlen sich Bürger wie im Jahre 1989 entmündigt.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen erschreckende Parallelen zum Ende der Weimarer Republik:

Unser Land ist gebeutelt von einer Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit und einem Mangel an demokratischen Alternativen.

Wir denken, es ist an der Zeit, eine echte Alternative hervor zu bringen, vor allem um zu verhindern, dass sich abseits der Machtkämpfe der etablierten Parteien politisch radikale Gruppierungen mit ihren Parolen an die Macht drängen bzw. dieses Land durch die ignorante Dummheit seiner Führer in einen noch tief greifenderen Konflikt gedrängt wird.

Wir rufen daher jeden aufrechten Bürger unabhängig von seiner Herkunft, seiner politischen Ausrichtung und seinem gesellschaftlichen Stand auf, sich zu engagieren.

Wir verstehen uns nicht als Protestgruppierung/-partei, da wir Protest als destruktiv erachten und wir konstruktiv an der Zukunft Deutschlands arbeiten möchten.

Der DA ist eine politische Vereinigung, die sich zur Partei entwickeln will.

Er bewegt sich im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze.

Politikverständnis:

Dr. Hans-Ulrich Klose brachte es bei seinem Ausscheiden aus dem Nordrhein-Westfälischen Landtag auf den Punkt, als er sinngemäß anmerkte, dass man zunächst einmal Staatsdiener sein sollte, bevor man sich als Staatsmann ansehen kann.

Diese Auffassung teilen wir voll und ganz.

Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten den Kontakt zur Bevölkerung immer mehr verloren. Abgeordnete bekommt man als einfacher Bürger nur dann zu Gesicht, wenn es um die Werbung für ein Wählervotum geht.

Das muss sich ändern, die Kluft zwischen Politikern und Bürgern muss wieder geschlossen werden.

Politiker müssen ein offenes Ohr für die Belange und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger haben, ihre Tür muss den Bürgern offen stehen, soweit parlamentarische Verpflichtungen dies zulassen.

Wir unterstützen die Einführung von Volksentscheiden als basisdemokratisches Mittel der Urteilsfindung in politischen Prozessen.



Hätte man sich nicht jahrelang geziert, Volksentscheide auf Bundesebene einzuführen, wären uns z.B. die steuerpolitischen Diskussionen der jüngsten Zeit erspart geblieben und die Handlungsfähigkeit der Politik wäre eventuell gewahrt geblieben.

Das Grundgesetz besagt, dass alle staatliche Gewalt vom Volke ausgeht, was jedoch in der Praxis bedeutet, dass das Volk alle paar Jahre das kleinste der gebotenen Übel wählen darf, um sich in den folgenden Jahren darüber zu wundern, wie die Versprechungen und Wünsche des Wahlkampfes abstrahiert werden.

Der Demokratische Aufbruch hat auch im Verlaufe der Legislaturperioden keine Angst vor des Volkes Stimme, definiert er die Aufgaben der Abgeordneten so, dass sie des Volkes Wille zu vertreten haben und sich dessen nicht nur erinnern, wenn mal wieder eine Wahl ins Haus steht.

Verhältnis zu Deutschland:

Wir sind Patrioten und handeln danach. Der Begriff des Patriotismus wurde in den vergangenen Jahren oftmals pervertiert. Wenn sich jedoch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland als Patriot bezeichnet, so ist dies der richtige Ansatz. Patriotismus bedeutet, sein Land zu lieben, schließt dabei jedoch nicht aus, auch andere Kulturen und Nationalitäten und Religionen zu achten und zu lieben. Ein gesunder Patriotismus sollte von allen Parteien praktiziert werden, dass dies in den vergangenen Jahren vornehmlich aus der rechten, antidemokratischen Ecke des politischen Spektrums heraus geschah, ist letztendlich auf die Verfehlungen der politisch etablierten Kräfte in Deutschland zurückzuführen. Dabei waren auch auf Seiten der Etablierten durchaus patriotische Anwandlungen zu erkennen, wie sonst sollte man die Rede und die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht des Abgeordneten Schulz bezeichnen, die wir als hochgradig patriotischen Akt empfinden?

Patriotismus ist nicht abhängig von politischen Ansichten, jede politische Grundrichtung sollte aus der Liebe zu ihrem Vaterland und insbesondere den in ihm lebenden Bürgern patriotisch eingestellt sein.

Gruppierungen, die sich nicht ausnahmslos zu den demokratischen Grundrechten in Deutschland bekennen und unsere verfassungsgemäße Ordnung nicht anerkennen, gehören unabhängig von ihrer politischen Stellung im politischen Spektrum verboten. Gerade durch deren Wandeln am demokratischen und humanistischen Grenzbereich wurden Begriffe wie Volk, Patriotismus und Vaterland erst pervertiert, so dass sie kein Deutscher mehr in den Mund nehmen kann, ohne gewissen politischen Grundrichtungen zugeordnet zu werden, was grundfalsch ist.



Ausländerpolitik:

Wir bekennen uns zur multikulturellen Gesellschaft mit der Einschränkung, dass wir ausdrücklich diejenigen Ausländer ausschließen, die nicht willens sind, sich in unsere Kultur und verfassungsgemäße Ordnung einzugliedern.

Dass die eigene Kultur neben der Integration in das kulturelle Leben der Bundesrepublik fortbestehen darf, steht für uns außer Frage.

Wie dies zu geschehen hat, machen uns die USA eindrucksvoll vor.

Um sich dort für eine Greencard zu qualifizieren, muss man gewisse Kriterien erfüllen und dies seit Jahrzehnten. Hierbei kann niemand behaupten, dass etwa Präsidenten der USA wie Bill Clinton oder Jimmy Carter auch nur ansatzweise dem rechten Spektrum zuzuordnen waren.

Deutschland 2005 ist in vielerlei Hinsicht eine Brutstätte für antidemokratische Subkulturen anderer Nationalitäten geworden.

Als Beispiel braucht man sich nur anzusehen, wo vor dem 11. September 2001 einige der Terroristen ungestört ihr Tagwerk verrichten konnten.

Nichtintegrationswillige Ausländer haben Deutschland zu verlassen.

Hierdurch werden Mittel frei, die bislang für die Integrationsversuche der nichtintegrationswilligen Ausländer aufgewendet wurden.

Da sich der Demokratische Aufbruch ohne jedes Wenn und Aber zu jedem Ausländer bekennt, der integrationswillig ist, halten wir es für besser, diese Mittel künftig in die Förderung der integrationswilligen bzw. der integrierten ausländischen Mitbürger zu investieren.

Es ist ein untragbarer Zustand, dass mittlerweile ausländische Gewerbetreibende zu einer der sich am lautesten negativ artikulierenden Gruppe im Bezug auf andere ausländische Bewohner dieses Landes, die sich nicht integrieren möchten, geworden sind.

Die nicht integrationswilligen Ausländer bringen in der Auffassung vieler Bürger die gesamte Gruppe der ausländischen Mitbürger in Verruf, wobei dann auch diejenigen betroffen sind, die aktiv am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik teilnehmen und für dieses Land täglich arbeiten und zu ihm stehen.

Das Recht auf Asyl soll derart gestaltet werden, dass jedem politisch oder ethnisch verfolgtem Menschen unbürokratisch Asyl gewährt wird und zwar so lange, bis entweder der Grund für die Verfolgung restlos beseitigt ist oder die betreffende Person sich in das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland derart integriert hat, dass ihr ein ständiges Bleiberecht verbunden mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten eingeräumt werden kann.

Letztendlich sind wir alle Menschen und sollten mit Respekt und Achtung miteinander umgehen, so wie es die Väter des Grundgesetzes niedergeschrieben haben.

Dies praktisch vorzuleben ist Pflicht aller staatlichen Gewalt!